

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 20 (1979)
Heft: 25

Artikel: Neue Mehrheit in alter Verfassung : nach den parlamentarischen Zwischenwahlen in Portugal
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094848>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nach den parlamentarischen Zwischenwahlen in Portugal

Neue Mehrheit in alter Verfassung

In Portugal hat die Demokratische Alternative die absolute Mehrheit im Parlament gewonnen. Aber sie hat ein doppeltes Handicap zu überwinden, ein übernommenes und ein kommendes. Das übernommene Hindernis ist die geltende Staatsverfassung, die den Marsch zum Sozialismus vorschreibt. Das kommende Hindernis ist der Zusammenschluss der politischen Gegner zur Volksfront, der nicht lange auf sich warten lassen wird. Unser Korrespondent berichtet aus Portugal.

Der Wahlkampf ist mit den Wahlen vorbei, aber der Kampf wird unerbittlich weitergehen. Vorläufig genau bis zum August nächsten Jahres. Die Verfassung aus dem Jahre 1976 schreibt eine vierjährige Legislatur und nach deren Ablauf allgemeine Wahlen vor. Ausserdem: Die Abgeordneten der Versammlung der Republik (Parlament) sind verpflichtet, Portugal auf den Weg zu einer «sozialistischen Gesellschaft» (de abrir caminho para uma sociedade socialista...) zu führen.

Das aus den vorzeitigen Wahlen vom 2. Dezember hervorgegangene Parlament ist eine Uebergangsversammlung.

Zur Erinnerung: Bei diesen Zwischenwahlen gewann, doch ein bisschen unerwartet, das Demokratische Allianz (AD) genannte Wahlbündnis aus rechtsliberalen Sozialdemokraten (PSD), christlich-demokratischem Zentrum (CDS) und kleiner Monarchistischer Volkspartei (PPM) die absolute Mehrheit im 250köpfigen Parlament.

Unterlegen sind die linksgerichteten Parteien. Sie hatten seit der Rückkehr Portugals zur Demokratie im April 1974 das politische Leben beherrscht. Die Wahlen waren von Staatspräsident General Ramalho Eanes ausgeschrieben worden, um die politische Patt-Situation zu beenden, die sich durch das Fehlen einer parlamentarischen Mehrheit ergeben hatte. Diese Mehrheit ist nun gegeben.

Aber die dezimierten Sozialisten (PSP) unter der Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Mario Soares haben bereits zu verstehen gegeben, sie beabsichtigen, eine «rechtsgerichtete Regierung», also die Demokratische Allianz, mit «allen legalen Mitteln» zu bekämpfen, «im Parlament und ausserhalb...».

Zum Kampf aufgerufen haben ihrerseits die Kommunisten. Sie hatten sich, entblößt von Hammer und Sichel und revolutionärem Rot, zusammen mit ihrer Satellitenpartei der Demokratischen Bewegung (MDP/CDE) unverfänglich als Allianz der Volkseinheit (APU) für einen «demokratischen Sieg» empfohlen.

Und sie haben gewonnen, denn sie steigerten sich von 40 auf 47 Sitze im Parlament. Ihre Hochburg ist nach wie vor der Süden Portugals, der Alentejo, wo früher der Grossgrundbesitz vorherrschend war und heute etwa 450 nach sowjetischem Stil gestaltete Genossenschaften schlecht prosperieren und produzieren, aber dafür Bastionen der Kommunistischen Partei (PCP) darstellen.

Der «gemeinsame» Kampf — «innerhalb und ausserhalb...» — dürfte über kurz oder lang zum Zusammen- und Schulterschluss von Kommunisten (samt ihrer Allianz der Volkseinheit) und Sozialisten führen.

Eine heimliche Zusammenarbeit besteht seit geraumer Zeit. Offensichtlich wurde sie im Sommer

vergangenen Jahres, als Mario Soares, damals noch Ministerpräsident einer Regierung in loser Partnerschaft mit dem Zentrum, sich bei den Kommunisten gewerkschaftliches Wohlverhalten zu erkaufen versuchte, indem er vor der kommunistischen Repression im Alentejo gleich beide Augen schloss. Und dabei hatte er einst versprochen: «Wir werden das Sibirien im Alentejo nicht weiter dulden.»

Die PSP/CDS-Partnerschaft zerbrach. Eanes entliess Soares, der es dem Staatspräsidenten heimzuzahlen trachtete: Zwei politisch ungebundenen Ministerpräsidenten (Nobre da Costa und Mota Pinto) versagte die damalige Mehrheit aus Sozialisten und Kommunisten im Parlament das Vertrauen.

Das Vertrauen der Portugiesen in die Politiker wiederum sank auch, und zwar weil der Lebensstandard unter das Armenhausniveau von 1973 rutschte. Vor dem Sturz des autokratischen Regimes am 25. April 1974 war ja Portugal von seinen zahlreichen Gegnern das «Armenhaus Europas» genannt worden.

Die Armut gefördert und zur politischen Krise in Permanenz beigetragen hat der verfassungsmässig verbindliche Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft: Alle politischen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten waren sich darin einig, dass

Vorsorgliche Kreuzchen

Luis, Landarbeiter in der Umgebung Evoras (Alentejo): «Sie (die Kommunisten) schicken uns von der Kollektive mit dem Wahlzettel zur Urne. Vorsorglich ist er mit Kreuz an der richtigen Stelle versehen. Zum Beweis bringen wir dann den richtigen, leeren Wahlzettel, den wir vor dem Wahllokal erhalten, zurück.» Miguel, Beamter bereits unter Salazar: «Das war früher beim alten Regime auch so. Die neuen Faschisten haben's den alten Faschisten abgesehen.»

Sequenz oder Konsequenz?

Stimme Palästinas, Geheimsender der «Palästinensischen Befreiungsorganisation» (PLO), Standort unbekannt, 11. Oktober: «Bruder Abu Ammar, Vorsitzender des Exekutivkomitees der PLO und Oberbefehlshaber der Streitkräfte der palästinensischen Revolution, empfing gestern abend (10.10.) den Genossen Albanovich, Mitglied des Zentralkomitees der portugiesischen KP. Genosse Albanovich überbrachte Bruder Abu Ammar eine Botschaft des Generalsekretärs der portugiesischen KP, Genosse Alvaro Cunhal... Während der Zusammenarbeit erörterten die beiden Seiten, die Vorbereitungen für die Konferenz der Solidarität mit dem palästinensischen Volk...»

3. November: Grosser Auftritt von Yassir Arafat in Lissabon auf der «Weltkonferenz der Solidarität mit dem arabischen Volk und Palästina». Leiter der Konferenz Costa Gomes, portugiesischer Ex-Generalstabschef unter Caetano, Ex-Staatspräsident nach Verjagung seines Freundes General Spínola, derzeit Präsident der portugiesischen Sektion des in Prag heimischen Weltfriedensrates.

13. November: Attentat auf den israelischen Botschafter in Lissabon, Ephraim Eldar. Der Botschafter wird verletzt, ein junger portugiesischer Polizist getötet.



Das offizielle Verfassungsplakat in Lissabon. Das Grundgesetz macht in seiner Einleitung aus dem «Weg zum Sozialismus» eine verfassungsmässige Pflicht.

mit dieser Verfassung aus der Zeit der (prokommunistischen) «revolutionären Phase» das Land unregierbar bleibe. Doch weiter reichte der Konsens nicht.

Die Demokratische Allianz, als solche erst im vergangenen August aus hoffentlich dauernder Einsicht und dauerhafter Eintracht unter Führung des ehrgeizigen PSD-Chefs Francisco Sa Carneiro zustande gekommen, hat keine Abscheu über die Ergebnisse der Kollektivierungen und Nationalisierungen bekundet, sondern ist bloss der Auffassung, dass die Verfassung geändert werden muss. Das ist aber erst nach den Augustwahlen nächsten Jahres möglich, und zwar ist eine Zweidrittelmehrheit der Parlamentsstimmen erforderlich.

So wird die Taktik der neuen AD-Regierung in den nächsten zehn Monaten darauf angelegt sein

müssen, die Mehrheit im Parlament zu verteidigen, bevor die angestrebten Reformen an die Hand genommen werden können. Die Demokratische Allianz verlangt und erwartet von den Portugiesen harte Arbeit. Sie verspricht dafür mehr Arbeitsplätze, eine Verminderung der über 25prozentigen Inflationsrate sowie wirtschaftliche Anreize für die Privatwirtschaft (denn für diese lohnt es sich unter den gegenwärtigen Bedingungen ganz einfach nicht, gute Leistungen zu erbringen).

Doch bevor überhaupt an die Durchführung von «radikalen» Reformen gedacht werden kann, muss die Demokratische Allianz erst einmal überleben. Sie wird wahrscheinlich vorerst möglichst unauffällig regieren.

Ihre Kampfrichtlinien haben die Kommunisten schon im Mai dieses Jahres auf ihrem neunten Parteikongress festgelegt. Punkt eins ihrer Plattform lautet: «Stabilität des demokratischen Regimes und Respekt für die Verfassung.»

Die «Kernfrage» ist laut ihrer Version der «Kampf um demokratische Wende», wobei eine «demokratische Alternative im Rahmen der Institutionen nur auf der Grundlage einer Mehrheit von Sozialisten und Kommunisten möglich ist. Es besteht keine andere mögliche demokratische Mehrheit».

Bündnis mit der SP forderten im Oktober in Lissabon auch die KP-Chefs aus Italien (Berlinguer), Spanien (Carrillo) und Portugal (Cunhal): «Eine der Vorbedingungen zum einheitlichen Auftreten der Werktätigen gegen den Monopol-Kapitalismus im Interesse der Demokratie und des Friedens in Europa ist nach Meinung aller drei kommunistischen Parteien der Zusammenschluss mit den sozialistischen Parteien.»

Die Demokratische Allianz hat jetzt die absolute Mehrheit im Parlament. Aber sie könnte bald einer Volksfront gegenüberstehen, die mehr darstellt als die bloße Addition von Kommunisten und Sozialisten. gn



Kommunistische Parteizentrale in Lissabon 1978: Parteibezeichnung und Emblem prangen von der Fassade.



Kommunistische Parteizentrale in Lissabon 1979: Optischer Rückzug auf die Allianz der Volkseinheit (APU). Er hat sich gelohnt.

Der Buchtip

Stutzung auf Proportionen

Salcia Landmann: «Marxismus und Sauerkirchsen; streitbare Zeitbetrachtung», Limes-Verlag Wiesbaden, 352 Seiten, Fr. 24.—.

Eine kluge und gebildete Frau beurteilt kritisch das Problem unserer Zeit, den von wohlstandsmüden Intelligenzlern und frustrierten Literaten hochstilisierten *Spätmarxismus*, vor dem Politik und Erziehung weitgehend kapituliert haben und dem die heranwachsende Jugend rat- und hilflos überlassen wird. Sie vergleicht diese Lehre, die sich in den letzten Jahren infektiös verbreitet hat, mit den jahrtausendealten Erfahrungen der Menschheit und reduziert sie damit in klassisch-philosophischer Weise auf das ihr zukommende Mass.

Klar erkennt und schildert die Autorin, dass die Verwirklichung jeder Art von Sozialismus ein Zurückfallen in Polizeistaat und Zunftzwang bedeutet. Die grosse humanitäre Leistung des nach der Französischen Revolution wirksam gewordenen Liberalismus, die Befreiung eines erheblichen Teils der Menschheit von Hunger und Krankheit, die heute auch die Entwicklungsländer als reale Hoffnung vor sich sehen, würde blockiert.

In zwanzig mehr oder weniger in sich abgeschlossenen Kapiteln werden die aktuellen Probleme dargelegt und entmystifiziert. Die nachfolgenden Titel können die Weite des Betrachtungshorizontes nur andeuten: «Das Gewissen und die gesellschaftspolitische Verantwortung des Publizisten», «Berufsverbote einst und jetzt», «Sinn und Unsinn der Wehrdienstverweigerung», mit der beachtenswerten Feststellung, dass erfahrungsgemäss nur in solchen Gemeinschaften über Wehrdienstverweigerung diskutiert wird, «die bereits den Keim der Selbstaufgabe und Selbstzerstörung in sich tragen». In «Kapitalismus und Frau» fin-

den sich geistreiche Betrachtungen zum Matriarchat und zu den von Marxisten und Soziologen perhorreszierten unterschiedlichen Naturanlagen von Mann und Frau, und es schliesst mit der Feststellung, dass im kommunistischen Osten die Gleichberechtigung der Frau in ihrer Gleichschaltung bestehe. Weitere Kapitel sind «Isolation — eine Folter?», «Bildungsrevolution — Ursache und Folgen», «Probleme der Mitbestimmung», «Jesus, ein Sozialrevolutionär?» usw.

Das Buch ist ohne Politjargon und Soziologenchinesisch geschrieben und somit bei aller Tiefgründigkeit leicht lesbar. Wer beunruhigt ist über die zur Selbsterstörung führende Politik der freien Gesellschaft, findet darin Trost und Zuversicht. Für Eltern, die besorgt sind um ihre Kinder in dieser Umgebung, ist es eine Fundgrube für Argumente zur Beantwortung der brennenden Fragen unserer Zeit. Der heranwachsenden Jugend gibt es eine Orientierung, mit der sie sich in der Flut der progressiven Propaganda zurechtfinden kann. Für alle politisch Besorgten ein ideales Weihnachtsgeschenk. MK

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 sol ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar +

Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank

Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr./DM 37.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr./DM 23.-)

Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr./DM 20.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)